KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. September 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 382 Anfrage Celik Ali R. über die Auswirkungen der Beitragskürzungen der Stipendien auf die Studiumsbedingungen / Bildungs- und Kulturdepartement

Die Anfrage A 382 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.
Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 79 zu 34 Stimmen zu.
Ali R. Celik ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Ali R. Celik: Der Kanton Luzern hat 2015 für die Stipendien 13,5 Millionen Franken Freibeträge zur Verfügung gestellt. 2016 wurde der Betrag auf 10,8 Millionen Franken gesenkt und mit dem KP17 nochmals um 0,8 Millionen Franken gekürzt. Zusätzlich wurden 2017 per Verordnung unbemerkt Freibeträge bei den Stipendien um 0,2 Millionen Franken gekürzt. Mit nochmaliger Reduktion der Stipendienbeiträge von 2 Millionen Franken würde der Kanton im Vergleich zu 2015 nur 7,7 Millionen Franken beziehungsweise 60 Prozent der Gelder zur Verfügung stellen. Ob die Regierung und die bürgerliche Ratsmehrheit mit den erneuten Kürzungen der Stipendienbeiträge überhaupt bildungspolitische Ziele verfolgen, ist nicht klar. Zu Frage 2 antwortet die Regierung, dass folgende Grundsätze auch in Zukunft verfolgt werden: die Förderung der Chancengleichheit, die Erleichterung des Zugangs zur Bildung, die Unterstützung der Existenzsicherung während der Ausbildung, die freie Wahl der Ausbildung und der Ausbildungsstätte sowie die Förderung der Mobilität der Personen in Ausbildung. Es wäre schön, wenn diese Förderungen tatsächlich erfolgen würden. Uns leuchtet aber nicht ein, wie diese Ziele zu erfüllen sind, wenn die Regierung die Freibeträge bei den Stipendien auf 7,7 Millionen Franken beziehungsweise auf 19 Franken pro Einwohner reduzieren will. Im Durchschnitt würde ein Stipendienbezüger pro Jahr 2400 Franken weniger erhalten, und 150 Personen würden überhaupt kein Stipendium mehr erhalten. Diese Zahlen machen klar, dass betroffene Studierende durch die Kürzung massive finanzielle und andere Konsequenzen erwarten. Die Regierung bestätigt in ihrer Antwort, dass sie den ursprünglichen Beitrag von 10,5 Millionen Franken in der nächsten Periode wieder erreichen möchte – es fragt sich nur wie.

Hasan Candan: Ursprünglich lagen die Stipendienbeiträge bei 10,8 Millionen Franken. Im Zusammenhang mit dem neuen Stipendiengesetz hat die Regierung der Bevölkerung versprochen, dass es zu keinen weiteren Kürzungen kommt. Mit dem KP17 ist der Beitrag aber gekürzt worden, und nun sollen nochmals 0,2 Millionen Franken eingespart werden. Das Durchschnittsstipendium sinkt also auf 6400 Franken und nicht wie in der Antwort zu Frage 2 fälschlicherweise geschrieben steht auf 7700 Franken. 80 Prozent der Bezüger erhalten tiefere Beiträge. Zudem erhalten 150 Personen, die sich am Anfang ihrer Ausbildung befinden, keine Stipendien mehr. Darunter gibt es sogar Personen, die sowohl ihren Anspruch auf ein Stipendium wie auch auf die individuelle Prämienverbilligung

verlieren. Die Anzahl Gesuche wird wahrscheinlich unverändert bei 3200 bleiben. Die Ablehnungsquote beträgt über 66 Prozent. Im Vergleich zu anderen Kantonen wird der Kanton Luzern wohl auf den letzten Platz fallen, was die Stipendienvergabe angeht. Das ist ein Rückschritt, auf den wir nicht stolz sein können. Ich bin ein hoher Verfechter der Gegenüberstellung der tertiären Bildung und der Berufsbildung. Man muss aber wissen, dass es sich bei 60 Prozent der Stipendienbezüger um Gymnasiasten und Berufsschüler auf Sekundarstufe II handelt, die neben ihrer Ausbildung nicht arbeiten können.

Adrian Bühler: Ich rufe das Eintretensvotum unseres Fraktionssprechers in Erinnerung. Die CVP hat für das Budget, wie es nun vorliegt, weder gekämpft noch hat sie es bestellt oder gewünscht. Anlässlich der parlamentarischen Budgetdiskussion im letzten Dezember und im Abstimmungskampf haben wir uns zusammen mit anderen Parteien für eine Steuererhöhung eingesetzt. Wir haben im Abstimmungskampf versucht, auf die negativen Folgen bei einer Ablehnung der Steuererhöhung aufmerksam zu machen und aufzuzeigen, dass drastische Massnahmen drohen, falls die Steuererhöhung nicht kommt. Dass die Regierung sich geweigert hat, konkret aufzuzeigen, wer davon betroffen ist, war sicher nicht hilfreich. Die Regierung hätte diesbezüglich besser informieren müssen. David Roth hat gestern gesagt, dass er mehr Selbstkritik verlange. Selbstkritisch stelle ich fest, dass es uns nicht gelungen ist, eine Mehrheit der Luzerner Stimmbevölkerung von der Steuererhöhung zu überzeugen. Es ist uns nicht gelungen, die negativen Folgen aufzuzeigen. Die Stimmbevölkerung hat die Steuererhöhung deutlich abgelehnt. Jetzt können wir nicht einfach so tun, als ob nichts geschehen wäre. Das Budget und die Sparmassnahmen, insbesondere im Kulturbereich und im Stipendienwesen, sind eine Folge der abgelehnten Steuererhöhung. Die Massnahmen sind einschneidend. Wenn wir aber ein Budget wollen, führt kein Weg an diesen Sparmassnahmen vorbei. Die CVP will ein Budget.

Räto B. Camenisch: Hasan Candan hat vergessen zu erwähnen, wie viele Leute heute keine Unterstützung beim Studium brauchen. Es sind viel mehr als früher, weil wir mehr Wohlstand haben und wir mehr verdienen und unser Kanton erfolgreich ist. Im Gegensatz zu früher haben wir die Chancengleichheit, damals konnten Kinder aus ärmeren Verhältnissen nicht studieren. Das gibt es heute nicht mehr. Wenn wir die Stipendien in vernünftigem Mass kürzen und die Auswahl selektiv richtig vornehmen, ist das kein grosser Schaden für den Kanton. Leider brauchen wir eine gewisse Opfersymmetrie, um das Budget in Ordnung zu bringen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Regierung hat die vorliegende Anfrage sehr offen und transparent beantwortet. Wir beschönigen die Situation in keiner Art und Weise. Wir werden diese Massnahme so umsetzen, dass wir vor allem in den oberen Bereichen kürzen. Bei den wirtschaftlich schwächer gestellten Gesuchstellenden werden wir sehr darauf bedacht sein, keine Kürzungen vornehmen zu müssen. Ich bitte Sie aber, keine Vermischungen zu machen. Sie wissen so gut wie ich, dass auch gemäss dem alten Stipendiengesetz eine Veränderung der Parameter möglich war und dass es die heutige Situation vermutlich auch gemäss der alten Gesetzgebung nicht ermöglicht hätte, unverändert Stipendien auszubezahlen. Wir sind dort, wo wir es vorausgesagt haben. Die Regierung hat klar erklärt, dass die Ablehnung der Steuererhöhung harte Massnahmen erfordern wird. Hier handelt es sich um eine davon. Entsprechend werden wir bei der Beratung des Budgets darüber diskutieren.